

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

50. Sitzung
5. Januar 2015

Beginn: 12.00 Uhr
Schluss: 13.58 Uhr
Vorsitz: Dr. Wolfgang Albers (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelles aus der Senatsverwaltung

[0045](#)
GesSoz

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Auswirkungen des Wegfalls der Bürgerarbeit
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0206](#)
GesSoz

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Wir kommen zu

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0199](#)
GesSoz
Situation der Seniorenwohnungen in den Berliner Bezirken
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU)

Da gab es im Vorfeld eine Merkwürdigkeit, über die ich nun auch berichten muss. Die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales hat sich nämlich für nicht zuständig erklärt und auf die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz verwiesen. Die hat „Schlapp und der Hut“ gespielt und wollte, dass der Senator für Finanzen bzw. das Bezirksamt Mitte in dieser Sitzung Stellung bezieht. Dann hat aber auf Wunsch der SPD nun doch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz einen Vertreter, nämlich Dr. Jochen Hucke entsandt, der heute an dieser Diskussion teilnehmen wird. Wird das Wort zur Begründung des Besprechungsbedarfs und vielleicht auch Aufklärung des Wirrwarrs durch die SPD gewünscht? Wo ist Herr Dr. Hucke? – [Zuruf Dr. Jochen Hucke (SenStadtUm): Das ist die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, nicht Umweltschutz!] – Das war jetzt eine historische Richtigstellung. Vielen Dank! Wir sind ein lernendes System. – Herr Dr. Hucke, herzlich willkommen! – Gibt es eine Begründung? – Frau Radziwill, bitte!

Ulker Radziwill (SPD): Es ist schön, dass wir es geschafft haben, uns zu diesem Tagesordnungspunkt heute fachkundig mit Experten zu beraten. Uns ist es ein Anliegen zu erfahren, wie die Situation in den Bezirken bzw. auch in Rücksprache mit den Bezirken bewertet wird. Es gab ja auch etliche Privatisierungen. Aus unserer Erfahrung ist es dort so, dass viele Seniorinnen und Senioren durchaus in schwierigen und schlechten Situationen sind und Probleme haben. Wir möchten gern wissen, wie der Senat die Situation bewertet. Unser Wunsch ist es, dazu auch ein Wortprotokoll zu bekommen, wenn es irgendwie geht.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Frau Radziwill! Wenn wir als Ausschuss das wollen, dann geht das. – Es ist der Antrag gestellt worden, dass ein Wortprotokoll gefertigt wird. Wird dem stattgegeben? – Dann machen wir das so. – Dauert aber ewig, habe ich gerade gehört, aber wir haben ja auch ewig Zeit. – Nachdem der Besprechungsbedarf begründet worden ist, bitten wir um die Stellungnahme, und die müsste dann Herr Dr. Hucke abgeben. – Bitte schön!

Dr. Jochen Hucke (SenStadtUm): Meine Damen und Herren! Die Situation der Seniorenwohnhäuser ist uns in der Tat nicht bekannt, weil wir als Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt zwar für die Wohnungspolitik und für Bereiche des Wohnens, speziell die städtischen Wohnungsbaugesellschaften, zuständig sind, es sich bei den Seniorenwohnhäusern aber um eine typische Bauform handelt, die in den Siebzigerjahren im Westteil Berlins in Form eines Sonderprogramms mit speziellen Grundrissen usw. errichtet worden ist. Diese Objekte befanden sich im Wesentlichen im Bestand der Bezirke. Insofern sind die Bezirke in der Tat in erster Linie diejenigen, die etwas über die einzelnen Häuser sagen könnten.

Schaut man auf die Websites der einzelnen Bezirke, so ist im Augenblick nur der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf derjenige, der hier noch einen expliziten Bestand ausweist. In der Masse sind diese Häuser entweder an städtische Wohnungsbaugesellschaften übertragen worden, oder – wie auch in Charlottenburg-Wilmersdorf – es besteht eine Kooperation mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften. Die konkreten Objekte, die dort im Bezirk angeboten und benannt werden, befinden sich im Bestand einer Tochtergesellschaft der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GEWOBAG.

Was die städtischen Wohnungsbaugesellschaften angeht, so ist die Situation so, dass sie sich sehr unterschiedlich entwickelt haben. Es gab zu Zeiten der entspannteren Wohnungsmarktsituation die Tendenz zu sagen: Das werden Objekte, die zunehmend leerlaufen, weil die Grundrisse eben auf die seinerzeitigen Verhältnisse Anfang der Siebzigerjahre zugeschnitten sind. – Die Lage der Objekte ist teils eine etwas randständige, sodass man also versucht hat, sich von diesen Beständen zu trennen. Das ist wahrscheinlich auch der Hintergrund dieses Problemfalls am Hansafer, der ja vor Kurzem durch die Presse gegangen ist, wo der Bezirk gesagt hat: Dieses Objekt privatisieren wir in bestimmter Weise, und damit ist es aus dem Bestand raus.

Bei den städtischen Gesellschaften selbst ist die Behandlung der Objekte sehr unterschiedlich. Um noch mal auf die GEWOBAG zurückzukommen: Sie hat angefangen, einige der Bestände zu modernisieren, strebt dabei aber auch eine Mischnutzung an, also weg von dem Konzept des reinen Wohnens für ältere Menschen hin zur Öffnung der Häuser auch für andere Bedarfsgruppen. Man hat hier insbesondere das studentische Wohnen im Auge. Das ist aber auch erst mittelmäßig erfolgreich, weil die Mischung von Senioren und Studenten doch etwas schwierig ist. – Das als kurzen Überblick aus meiner Sicht.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Dr. Hucke! – Jetzt hat sich Herr Isenberg zu Wort gemeldet. – Bitte!

Thomas Isenberg (SPD): Vielen Dank für diese Ausführungen! – Ich glaube, das Thema macht deutlich, dass es sozialpolitische Priorität haben müsste, sich in der Stadt darüber zu unterhalten: Wie wohnen unsere Seniorinnen und Senioren? – Insofern kann man es wahrscheinlich nicht nur auf die Frage reduzieren: Was tun die kommunalen Wohnungsbauunternehmen? –, sondern die Grundsatzfrage ist wohnungspolitisch, aber auch sozialpolitisch zu beantworten. Insofern meine Frage: Gibt es von der Sozialverwaltung Initiativen, hier mal zu Daten zu kommen oder den Dialog mit den Seniorenorganisationen zu führen, wie das Seniorenwohnen in Berlin wahrgenommen wird?

Meine Frage an die Bauverwaltung wäre: Sehen Sie hier Notwendigkeiten zur Fortentwicklung wohnungspolitischer Leitsätze? Sie sagten ja selber, es sind Objekte privatisiert worden. Wird es notwendig sein, zu einer Rekommunalisierung von Objekten zu kommen, um diese für besondere Bedarfslagen vorzuhalten?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Isenberg! – Frau Schmidberger, bitte!

Katrin Schmidberger (GRÜNE): Ich habe bei Herrn Hucke gerade ein großes Verlangen herausgehört, dass wir dieses Thema auch bald mal im Bauausschuss anmelden. Wir haben

mal ein bisschen recherchiert. Im Jahr 2010 gab es in Berlin noch ungefähr 6 000 Seniorinnen- und Seniorenwohnungen, insgesamt wurden in Berlin früher einmal um die 18 000 gefördert. Ich würde gern wissen, wie viele von den 6 000 Wohnungen im Jahr 2010 noch heute in der Bindung befindlich sind, sprich, welche hoffentlich auch als Seniorenwohnung genutzt werden. Wie viele davon sind von der Bindung freigestellt? Wir hatten damals ja einen anderen Wohnungsmarkt, das haben Sie richtig gesagt, aber heutzutage wissen wir alle: Wir stehen vor einer Wohnungsnot in Berlin, und auch der Bedarf an seniorenrechten Wohnungen ist erheblich und wird bis 2030 noch erheblich steigen. Ich habe gerade nachgesehen: 2030 wird jeder vierte Berliner älter als 65 sein.

Dann würde ich gern wissen – Herr Isenberg hat das Thema angesprochen –: Wie viele dieser Seniorenwohnungen wurden verkauft, bzw. gibt es welche, die aktuell noch verkauft wurden? Das Objekt Hansafer 5 ist ja schon 2008 vom Land Berlin verkauft worden. Ich würde gern wissen, ob da ein Rückkauf geplant ist. Die gleiche Frage hatte ich Herrn Müller gestellt, bevor er Bürgermeister wurde. Er hat daraufhin gesagt, er sei da in Gesprächen und möchte das prüfen lassen. Es gibt übrigens bereits einen Beschluss der BVV Mitte, der den Senat auffordert hat, dieses Haus doch wieder zurückzuführen. Es ist durchaus noch sehr gut nutzbar für die Seniorinnen und Senioren. Ich glaube, die Hälfte der Wohnungen steht sogar leer. Wir haben ja hohen Bedarf. Von daher könnte man dieses Gebäude relativ schnell in unserem Sinne nutzen. – So viel für die erste Runde.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank! – Frau Breitenbach, bitte!

Elke Breitenbach (LINKE): Zuständig für den Bereich Seniorenpolitik ist u. a. die Senatsverwaltung für Soziales. Ich würde sogar behaupten, Sie haben die Federführung für diesen Bereich. Jetzt kann man diese Seniorenwohnungen ja unterschiedlich bewerten. Man kann sagen, das wurde in den Siebzigerjahren geschaffen, ist heute nicht mehr zeitgemäß, man möchte gern generationsübergreifend, interkulturell oder sonst irgendwie bauen. Kann man alles machen, alles gute Sachen. Aber, lieber Herr Gerstle, Sie haben seniorenpolitische Leitlinien vorgelegt. Wenn ich mich recht erinnere, ist Wohnen und Mieten und der Wunsch, möglichst lange eigenständig in der Wohnung zu bleiben, ein Thema in diesen seniorenpolitischen Leitlinien und auch ein zentrales Thema der aktiven Seniorinnen und Senioren dieser Stadt. Deshalb würde mich interessieren, welche Vorstellungen Sie für die Zukunft haben, auch was das Stichwort angeht, ausreichend seniorenrechte Wohnungen zu schaffen, was auch oftmals barrierefrei heißt. Wie stehen Sie in diesem Zusammenhang zu den existierenden Seniorenwohnungen in den Berliner Bezirken? Auch wenn Sie sich dafür nicht zuständig fühlen, müsste das ja ein Thema sein, das Sie inhaltlich interessieren sollte, könnte, müsste. Möglicherweise haben Sie da auch Vorstellungen, wie das in Zukunft weitergehen soll.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Breitenbach! – Herr Krüger, bitte!

Joachim Krüger (CDU): Herr Dr. Hücke! Ich gehe natürlich auch davon aus, dass es bei allen Zuständigkeitsfragen, die wir da haben, enge Kontakte zwischen Ihrer Verwaltung und den einzelnen Bezirken bezüglich dieser Fragestellung gibt. Sie haben den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf angesprochen. Nach meiner Kenntnis ist dort ein großer Teil der Seniorenwohnungen in die Seniorenstiftung eingegangen. Wenn ich richtig informiert bin, gibt es da lange Wartelisten bei der Belegung dieser Wohnungen. Können Sie Aussagen machen, ob auch in anderen Bezirken ein solcher Weg der Stiftung gegangen worden ist, ob das unter

Umständen noch ansteht und wie dort die Erfahrungen sind? Nach wie vor kann ich nur feststellen: In Charlottenburg-Wilmersdorf sind diese Wohnungen, was auch immer man dazu Kritisches anmerken kann, sehr intensiv nachgefragt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank! – Herr Spies, bitte!

Alexander Spies (PIRATEN): Bezeichnend ist wieder die Zuständigkeitslosigkeit des Senats. – Frau Radziwill! Danke für Ihre Einführung! Es steht nicht nur in den Leitlinien, Sie haben es auch oft gesagt: Es ist sehr sinnvoll, dass Seniorinnen und Senioren, die jetzt möglicherweise noch allein in relativ großen Wohnungen, Drei- oder Vierzimmerwohnungen, leben, weil die Kinder ausgezogen sind, weil möglicherweise der Partner verstorben ist, das Angebot nutzen können, in bedarfsgerechte kleinere Wohnungen umzuziehen. Das ist auch ein Wunsch vieler Seniorinnen und Senioren, das wissen wir aus Gesprächen beim Seniorenparlament jedes Jahr. Dieses ist in Berlin zurzeit nur sehr schwer möglich. Insofern wundere ich mich über die Stellungnahme der Umweltbauverwaltung. Randständige Lagen – das Hansafer 5, Tiergarten, war natürlich zu Westberliner Zeiten randständig. Inzwischen ist es Mitte, es ist Citylage, es ist eine Lage, wo man hohe Mieten erzielen kann, deswegen hat es ja auch der Investor Akelius akquiriert. Zuständigkeit der Bezirke – ja, natürlich hat das der Bezirk Mitte verkauft. Warum? – Wenn so etwas verkauft wird, muss aber auch das Abgeordnetenhaus bzw. der Senat zustimmen. Das wissen wir ja.

Man hat im Grunde genommen gesagt, so ein Seniorenhaus ist ein Auslaufmodell, das können wir mal verscherbeln, damit wir unseren Haushalt sanieren.

Jetzt habe ich mit den Bewohnerinnen und Bewohnern vom Hansauer 5 gesprochen. Das sind ältere Menschen, die gesagt haben: Wir haben unsere große Wohnung aufgegeben und sind hierhergezogen, weil uns gesagt worden ist, wir könnten hier bis zu unserem Lebensende wohnen. – Von dieser Garantie wollte das Bezirksamt dann überhaupt nichts mehr wissen und sagte, das sei ein Missverständnis gewesen usw. Es wäre sinnvoll, solche Objekte zu erhalten bzw. in diesem Fall zu rekommunalisieren. Ich bin froh, dass sich Herr Müller, jetzt unser Regierender Bürgermeister, positiv dazu geäußert hat. Allein der Investor Akelius hat klar gesagt, er sei nicht bereit, zu verkaufen, und er werde das Grundstück dann noch weiter bebauen. Er hat zwar jetzt die Maßnahmen etwas zurückgefahren, das heißt, die alten Leute dürfen dort erst einmal wohnen bleiben, aber das Problem ist noch nicht entschärft. In genau dieser Situation sollte eine klare Zuständigkeit bei der Senatsverwaltung für Soziales liegen. Sie sollte dafür sorgen, dass die Voraussetzungen in dieser Stadt geschaffen werden, dass es seniorengerechten Wohnraum gibt, der dann auch von den Seniorinnen und Senioren genutzt werden kann.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Spies! – Bitte, Frau Radziwill!

Ulker Radziwill (SPD): Herr Spies! Vielen Dank, für das Lob! In einem Punkt muss ich Ihnen allerdings widersprechen: Eine Zuständigkeitslosigkeit kann ich jetzt nicht erkennen, möglicherweise eher eine Zuständigkeitskompliziertheit, so würde ich es mal nennen, oder -pluralität. Es ist auch ganz gut, wenn es dazu in beiden Senatsverwaltungen Expertinnen und Experten gibt, die sich mit dieser Thematik befassen. – [Hakan Taş (LINKE): Können Sie die namentlich nennen, Frau Radziwill?] – Schön, dass meine Äußerungen so viel Interesse wecken. – [Hakan Taş (LINKE): Sehen Sie!] – Uns war es sehr wohl wichtig, dieses Thema zu behandeln, und zwar mit Blick nach vorne. Berlin baut wieder, und das ist gut so. Man muss jede Entscheidung auch im Kontext der Zeit sehen, in der sie getroffen wurde. Wir hatten einmal die Zeit, dass wir in Berlin einen Leerstand von 100 000 Wohnungen hatten, und da sind einige Entscheidungen getroffen worden. Im Nachgang können wir natürlich immer sagen, dieses oder jenes sei falsch gewesen, aber mit Blick nach vorne und mit Blick auf den demografischen Wandel ist es uns wichtig, festzuhalten, dass wir für die Seniorinnen und Senioren in dieser Stadt, die geringe Einkommen haben, die besondere Bedarfe und besondere Problemlagen haben, schauen, dass sie in geeigneten Wohnungen unterkommen können. Hier haben die Bezirke und der Senat eine wichtige Aufgabe zu erfüllen, wobei das Hand in Hand gehen sollte.

Ich habe folgende Fragen – zum einen zur Begriffsdefinition: Wir haben den Besprechungspunkt zu den Seniorenwohnungen angemeldet, Herr Dr. Hücke wählte den Begriff Seniorensozialwohnungen. Gibt es dazu eine einheitliche Begriffsdefinition? Müssen wir da auf bestimmte Dinge achten? – Ich wüsste das gern zum besseren Verständnis.

Es freut mich, lobend bestätigt zu bekommen, dass der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf, aus dem ich als Abgeordnete komme, hier noch mal einen Schwerpunkt gesetzt hat. Ich wünsche mir, dass sich das auch in anderen Bezirken wandelt. Daraus resultiert folgende Frage, mit Blick auf die GEWOBA und deren positives Agieren im Bezirk: Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat regelmäßige Gespräche auch mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften.

sellschaften geführt. Gibt es dort Entwicklungen, bei denen noch mal besonders auf die jeweiligen Problemlagen und Interessen der älteren Generation geachtet wird?

Beim Bündnis für soziales Wohnen und bezahlbare Mieten wurde berechtigterweise der Punkt aufgenommen, dass Seniorinnen und Senioren Wohnungen wechseln können, also ein Wohnungstausch möglich ist und die alte Miete faktisch mitgenommen wird. Ich sehe allerdings, dass die Informationsweitergabe von den zuständigen Stellen zu den betroffenen Personen nicht immer reibungslos läuft. Deswegen ist es mir ein Anliegen – auch aus den Erfahrungen, die wir aus unseren Wahlkreisen und Gesprächen haben –, Ihnen noch einmal mitzuteilen, dass eine bessere Informationspolitik aus meiner Sicht notwendig ist. Wir hatten das schon mal im Ausschuss für Bau, Wohnen und Verkehr angesprochen. Soweit ich weiß befindet sich eine Anmeldung dieses Besprechungspunktes bereits im Geschäftsgang. Mit Blick nach vorne denke ich: Berlin will neu bauen, und das ist gut und sinnvoll. Inwieweit wird im Neubaubereich darüber nachgedacht, einen Schwerpunkt auch bei den Seniorenwohnungen bzw. Seniorensozialwohnungen zu setzen?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Radziwill! – Bitte, Frau Villbrandt!

Jasenka Villbrandt (GRÜNE): Ich bin ziemlich überrascht darüber, wie dieser Punkt vorbereitet wurde. Ich verstehe nicht, worüber die Koalitionsfraktionen heute diskutieren wollen. Ist das ein Unfall gewesen oder was? Ist jemand krank geworden? – [Zurufe von der SPD und den Linken] – Ich habe nicht verstanden, was der Diskussionspunkt ist. Ich gebe Ihnen recht, dass wir über die Seniorenwohnungen und die Frage, wie unsere Seniorinnen und Senioren in Zukunft in Berlin wohnen können, reden müssen. Wir wissen, dass die ältere Bevölkerung immer ärmer wird und wir viele Einpersonenhaushalte haben. Da kommen viele Probleme auf uns zu, über die wir diskutieren müssen. Ich weiß jedoch nicht, was die Grundlage für unser heutiges Gespräch ist. Wir haben keine Zahlen über die Seniorenwohnungen, die es bisher gibt. Das, was wir heute gehört haben, war weniger als das, was zum Beispiel 2010 unser Abgeordneter Schruoffeneger aufgrund seiner Schriftlichen Anfrage erfahren hat. Andere Zahlen haben wir nicht, und das ist unbefriedigend, weil es hierbei nicht nur um die Senioren- und Seniorensozialwohnungen geht – Frau Radziwill, der Unterschied ist, dass bei manchen das Einkommen eine Rolle spielt, bei anderen nicht –, sondern es geht auch um die Barrierefreiheit für Behinderte und darum, wie viele Wohnungen rollstuhlgerecht sind usw. In der Vergangenheit gab es Unterstützungen und Förderungen. Wichtig ist, dass wir wissen, wie viele Wohnungen den Betroffenen tatsächlich zur Verfügung stehen.

Der zweite Grund, warum wir darüber diskutieren sollen, ist, dass Berlin baut, wie der SPD-Kollege gesagt hat. Das ist ein Thema, dass man überlegt, wie wir eine Mischung hinbekommen, damit nicht nur die ärmere, sondern auch die ältere arme Bevölkerung in bezahlbare Wohnungen zieht. Das heißt, wir müssen uns überlegen, wie die Belegungspflichten aussehen sollen. Ich dachte, dass es zu diesem Thema schon etwas gibt oder dass man zum Teil auch schon ein paar Schritte dazu gemacht hat.

Dass die Zuschnitte bei den alten Seniorenwohnungen damals für die 90er-Jahre zum Beispiel nicht attraktiv waren, das kenne ich aus meiner damaligen Bezirksarbeit. Wir hatten damals in Schöneberg zum Beispiel zum Teil Wohnungen, Seniorenwohnhäuser veräußert, weil sie damals nicht belegt wurden. Da gab es auch mal eine Belegungsfreistellung, weil man sich eine Mischung erhofft oder gedacht hat, dass das dann attraktiver ist. Heute haben wir aber eine

andere Zeit. Wir haben heute immer mehr ältere Menschen, die schauen müssen, dass sie mit ihrer Rente ihre Wohnung bezahlen können. Ich glaube, dass die Problematik heute ein bisschen anders ist, und deshalb müssen wir uns darüber unterhalten, wie man auch den älteren Menschen, die wenig Einkommen haben, in Zukunft helfen kann, dass sie in unserer Stadt adäquat und gut wohnen bleiben können.

Ich hoffe, Herr Staatssekretär, dass Sie sich zumindest in naher Zukunft darüber Gedanken machen und klare Vorstellungen entwickeln und z. B. mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung darüber diskutieren, wie beispielsweise die Belegung von Neubauten in Zukunft aussehen soll.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Villbrandt! – Bitte, Herr Isenberg!

Thomas Isenberg (SPD): Frau Villbrandt! Es gibt hier keine Unfälle, sondern dieser Tagesordnungspunkt ist bewusst angesetzt worden, weil wir gesehen haben, dass wir hier ein Problem in der Stadtgesellschaft haben. Übrigens – das finde ich interessant – sagten Sie gerade, Sie seien damals in Schöneberg mit dafür verantwortlich gewesen, dass kommunale Seniorenwohnungen veräußert wurden. – [Jasenka Villbrandt (GRÜNE): Im Bezirk!] – Daran waren Sie persönlich mit beteiligt, sagten Sie gerade, und inzwischen gibt es eine neue Einschätzung. Insofern haben wir die Gemeinsamkeit, dass wir jetzt erkannt haben, dass es einen Handlungsbedarf gibt. Wenn die Grünen sich jetzt als diejenigen darstellen wollten, die immer gegen entsprechende Maßnahmen waren, wäre das eine Fehldarstellung. Zum Glück haben Sie eben gesagt, was Sie damals gemacht haben.

Noch mal zurück – Frau Schmidtberger stellte es richtig dar: Wir haben Probleme, beispielsweise am Hansauer 5, und da gäbe es eine Gestaltungsoption. Die Gestaltungsoption wäre ein Rückkauf, eine Rekommunalisierung dieser Objekte, die Bezirk und Land damals gemeinsam veräußert haben, wo wir inzwischen erkennen, dass das seniorenpolitisch wahrscheinlich eine Fehlentscheidung gewesen ist. Insofern meine Frage an die Senatsverwaltung für Soziales: Stimmen Sie mir zu, dass es einen sozialpolitischen Handlungsbedarf gibt, der auch eine Rekommunalisierung bedeuten mag?

Meine zweite Frage an die Stadtentwicklungsverwaltung lautet: Führen Sie entsprechende Diskussionen im Hinblick auf eine Rekommunalisierung von Objekten, in denen jetzt Senioren wohnen, die aber so nicht gehalten werden könnten, wenn man dem als Kommune nicht steuernd entgegenwirken würde?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Isenberg! – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass wir zu den Antworten kommen. Wer möchte antworten? – Bitte, Herr Gerstle!

Staatssekretär Dirk Gerstle (SenGesSoz): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, dann fange ich an! – Ich danke zunächst Frau Radziwill, dass sie klargestellt hat, dass es keine Zuständigkeitslosigkeit innerhalb des Senats gibt, was das Wohnen – auch von bestimmten Personengruppen – angeht. Ganz im Gegenteil! Wir stellen fest, dass wir eine Senatsverwaltung haben, die schon in ihrem Namen den Begriff Wohnen trägt, sodass es damit auch eine besondere Verantwortung in diesem Bereich gibt. Das entbindet jedoch keine andere Senatsverwaltung davon, dort für den für sie wichtigen Personenkreis alle fachlichen Aspekte mit einzubringen.

Im Rahmen des Sozialstrukturatlases haben wir deutlich gemacht, wie Berlin im Jahr 2030 aussehen könnte. Dabei stellen wir fest, dass die am stärksten wachsende Bevölkerungsgruppe in Berlin der Personenkreis der über 65-Jährigen ist. Deshalb ist eine abgestimmte Senatsauffassung bei der Frage erforderlich, wie wir Berlin insbesondere auch für diesen Personenkreis zukunftsfest aufstellen wollen. Einen ersten Schritt haben wir bereits über die senienpolitischen Leitlinien gemacht, die Sie, Frau Breitenbach, zitierten. Darin heißt es ausdrücklich, dass sich die Wohnwünsche älterer Menschen nicht wesentlich von denen jüngerer Generationen unterscheiden. Ich gehe noch einen Schritt weiter: Die Zielsetzung bei der Frage, wie Wohnungen künftig aussehen müssen, darf nicht sein, ob sie für junge oder alte Menschen bzw. für einen bestimmten Personenkreis geeignet sind, sondern wir müssen es den Menschen ermöglichen, lebenslang und möglichst selbstbestimmt in der für sie gewohnten Umgebung zu verbleiben. Insbesondere dort, wo man gestalten kann – das ist nun mal im Neubaubereich etwas Besonderes –, muss ich das als Maxime des Handelns mit anlegen. Dort, wo wir das nicht mehr gestalten können, also in den Altbaubeständen, ist es wichtig, dass wir Unterstützungsangebote zur Verfügung stellen, sei es im Rahmen von Umbaumaßnahmen, um nachträglich und für einen späteren Zeitraum etwas vernünftig auszugestalten – wie zum Beispiel durch breitere Türen oder ein Pflegebad usw., also alles das, was vielleicht auch für Mobilitätseingeschränkte oder gar pflegebedürftige Personen von Interesse ist –, sei es, dass wir dort auch entsprechende Angebote zur Verfügung stellen, die soziale Isolierung vermeiden und dass wir Mobilität über eine andere Art und Weise sicherstellen. Diese Handlungsmaxime, grundsätzlich dazu zu kommen, ein lebenslanges Wohnen eigenbestimmt in einer gewohnten Umgebung zu ermöglichen oder dann auch eigenbestimmt zu sagen, wo ich mich gegebenenfalls im Alter aufhalten möchte, ist etwas, was wir in meinen Augen insbesondere bei den Neubauvorhaben immer wieder mit einbringen müssen. Das tun wir in den verschiedensten Bereichen, und das findet nicht nur in den fachlichen, sondern auch in den politischen Diskussionen mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung statt. Das findet sich auch in den verschiedensten Ausprägungen im Rahmen der Wohnungsbauprogramme und der Stadtentwicklungsprogramme jeweils wieder. In den nächsten Jahren müssen wir dazu die konkrete Umsetzung angehen.

Um dann auch die Interessen entsprechend zu berücksichtigen, sind gerade die senienpolitischen Leitlinien in ihrer Ausgestaltung so umgesetzt, dass wir sie im dialogischen Prozess mit den Senioren selbst regeln. Sie können am ehesten mit beurteilen, wie ihre Anforderungen heute an das künftige Wohnen aussehen könnten. Das geschieht nicht nur gegenüber der Sozialverwaltung, die sich dann als Mittler gegenüber anderen Verwaltungen sehen muss, sondern auch gegenüber der federführenden Verwaltung, die für Bauen zuständig ist. Deshalb halte ich den Prozess, den wir mit den senienpolitischen Leitlinien aufgesetzt und jetzt ausgestaltet haben, für wichtig, denn er macht deutlich, dass dieser Senat sich auch in seiner Gesamtheit zu den sozialpolitischen Herausforderungen der Zukunft entsprechend bekennt.

Zu der konkreten Frage, was ich von den geförderten Seniorenwohnungen halte: Wenn Sie meine persönliche Meinung dazu hören wollen, dann ist das etwas, was sicherlich zu einer bestimmten Zeit oder bei einer bestimmten Ausgestaltung seine Rechtfertigung hatte. Wir sind aber in Berlin in der besonderen Situation, dass wir als wachsende Stadt in besonderer Weise auch den Neubau vorantreiben können. Deshalb halte ich viel mehr davon, den Neubau tatsächlich von Anfang an so barrierearm oder barrierefrei und von den sonstigen Rahmenbedingungen her so auszugestalten, dass ich mir über Sondermodelle wie Seniorenwohnungen

gar keine Gedanken machen muss. Jede Wohnung, die neu entsteht, jeder Wohnbereich, der neu entsteht, bietet die Möglichkeit, das von Anfang an mitzuplanen.

Das entbindet uns nicht davon – damit bin ich bei der Frage von Herrn Isenberg –, uns bis zu dem Zeitraum, wo wir das in entsprechenden Neubauvorhaben erreicht haben, darüber Gedanken zu machen, dass das, was in der Vergangenheit schon mal geschaffen wurde, in meinen Augen auch aus sozialpolitischer Sicht durchaus erhaltenswert ist, weil das ein Angebot für einen Personenkreis absichert, der mitunter Schwierigkeiten hat, sich am freien Wohnungsmarkt, im freien Spiel der Kräfte angemessen zu versorgen. Deshalb habe ich ein hohes Interesse daran, dass entsprechende Angebote dann auch Bestand haben.

Dass wir uns darüber hinaus auch Gedanken machen, wie Wohnen im Alter – Frau Villbrandt, wie Sie es gesagt haben – adäquat, kostengünstig, erschwinglich ausgestaltet werden kann, das ist selbstverständlich. Darüber machen wir uns Gedanken, auch im Zusammenhang mit einer Nachfolgeregelung zur WAV, die auch den besonderen Personenkreis der Menschen, die eine Grundsicherung im Alter bekommen, mit zu berücksichtigen hat. Darüber machen wir uns auch Gedanken im Zusammenhang mit den Unterstützungsmaßnahmen, die wir vorhin in einem anderen Zusammenhang angesprochen haben. Deshalb gilt in meinen Augen ganz klar: Es gibt eine gute Verteilung von Einflussfaktoren auch innerhalb des Senats, bestimmte Dinge für Personengruppen mit in die Diskussion einzubinden, die dann in einem Gesamtkonzept des Senats für die Ausgestaltung dessen sorgen, wie Berlin im Jahr 2030 und auf dem Weg dorthin letztlich auszusehen hat, um insbesondere der Bevölkerungsgruppe, die am stärksten wächst, nämlich den über 65-Jährigen, ein gutes Zuhause zu bieten.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Frau Schmidberger hat sich noch mal gemeldet. – Bitte sehr!

Katrin Schmidberger (GRÜNE): Das ist leider notwendig, denn von Ihnen, Herr Staatssekretär, kam leider keine Aussage darüber, wie jetzt zum Beispiel mit dem Hansauer 5 weiter verfahren wird. Sie haben zwar Ihre Meinung kundgetan, dass es diese Bestandswohnungen gibt, die früher einmal gefördert wurden, dass man das in Zukunft mit Neubauten besser machen muss. Da möchte ich Ihnen heftig widersprechen. Ich finde es – erstens – nicht richtig, wenn man Bestandswohnungen gegen Neubau ausspielt, und zweitens weiß ich nicht, wie viele Bestandswohnungen sich noch in der Bindung befinden. 2010 waren es 6 000 Wohnungen – das sind sehr viele Wohnungen angesichts der Situation, in der sich diese Stadt befindet. Sie können sich deshalb nicht so leicht rausreden und sagen, das waren mal Seniorenwohnungen, jetzt sind sie frei verfügbar, oder manche sind noch in der Bindung, und wir lassen diese auslaufen. Sie können mich gern berichtigen, wenn ich Sie falsch interpretiere, aber von Ihnen kam nichts Konkretes. Also, sind Sie bereit – das hat mir die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung auch verwehrt –, sich dafür einzusetzen, dass Häuser wie zum Beispiel das Hansauer 5 wieder rekommunalisiert werden, auch wenn der Investor Akelius im Moment sagt, er wolle nicht verkaufen? Er wäre ja auch blöd, er macht das natürlich auch, um den Preis nach oben zu treiben. Es muss aber doch eine Unterstützung für die Leute geben, die durch die gesamte Stadt tingeln und sich mit Hinz und Kuntz, mit uns allen treffen, die versuchen, uns in Gespräche zu verwickeln und uns davon zu überzeugen. Sie haben eine Petition gemacht usw. Der Bedarf ist vorhanden, da sind wir uns doch alle einig. Deswegen: Sie sind in der Situation. Wir als Opposition können nicht handeln, Sie schon. Deswegen erwarte ich von Ihnen eine konkrete Aussage zu der Frage: Werden Sie sich dafür einsetzen, ja oder nein?

Sie erwähnten gerade den Sozialstrukturatlas. Wie Sie wissen, leben die meisten ärmeren älteren Leute – noch – in der Innenstadt, nämlich in Friedrichshain-Kreuzberg, in Mitte, in Neukölln und Tiergarten. Die neuesten Zahlen dazu habe ich mir gerade rausgesucht. Genau diese Menschen sind besonders von Verdrängung bedroht, deswegen müssen wir jetzt etwas machen und da klar intervenieren. Wenn Sie weiterhin so ein paar schöne Leitlinien schreiben, die toll klingen, aber kaum konkret unterfüttert sind, dann müssen wir in fünf Jahren leider über eine völlig andere Situation sprechen, nämlich, wie wir die Ghettoisierung von armen, einkommensschwachen Leuten wieder in den Griff bekommen. Deswegen noch einmal mein Appell: Das Thema müssen Sie schon ernst nehmen. Werden Sie bitte mal konkret bezüglich des Hansaufers 5. Das haben die Leute verdient, die seit Monaten kämpfen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Bitte, Herr Dr. Hucke!

Dr. Jochen Hucke (SenStadtUm): Ich kann vielleicht etwas zum Hansauer 5 sagen, obwohl Herr Spies das eben schon richtig beantwortet hat. Es gehören immer zwei dazu – jemand, der etwas erwerben möchte und jemand, der etwas verkaufen möchte. Zurzeit fehlt es an der Verkaufsbereitschaft. Insofern stellt sich diese Frage für uns nicht. Wenn die Verkaufsbereitschaft da wäre, wäre die zweite Frage, zu welchem Preis, denn man muss klar sehen: Die Seniorenwohnhäuser, über die wir heute sprechen – wir sprechen nicht über das Thema Wohnen im Alter, das viel breiter ist und über das man auch viel breiter diskutieren müsste –, sind Gebäude, die eine bestimmte Bauform haben. Sie stammen aus Anfang der 1970er-Jahre und haben dadurch entsprechende Schwächen, dass sie gewisse Monofunktionen haben. Es gibt Erfahrungen, da verweise ich noch mal auf die GEWOBAG, die versucht hat, mit Unterstützung von Fördergeldern des Bundes diese Häuser etwas zu profilieren. Die Aufwendungen sind sehr hoch. Das muss jemand finanzieren. Es stellt sich dann in der Tat die Frage, welche Kosten und welchen Nutzen es hat, viel Geld in Bestandsgebäude reinzustecken, deren Qualität man dann doch nicht so hinbekommen kann, wie sich heute ein barrierefreier Neubau gestalten lässt. Insofern brauche ich jetzt nicht das zu wiederholen, was der Staatssekretär bereits erläutert hat.

In dem konkreten Fall: Wenn die Bereitschaft seitens der Akelius da wäre, zu veräußern, und wenn die Konditionen einigermaßen stimmen, wären die städtischen Wohnungsbaugesellschaften die Letzten, die nein sagen würden. Sie wissen, dass die städtischen Wohnungsbaugesellschaften ihre Bestände erweitern und da auch Schritt für Schritt vorankommen. Im konkreten Fall, wo das Objekt allerdings vom Land Berlin selbst veräußert worden ist, habe ich zumindest keinen Einblick in die Situation der Verträge, ob es da irgendwelche Rückkaufklauseln gibt – ich vermute nein. Deshalb hatten wir darum gebeten, ob man nicht vielleicht auch die Senatsverwaltung für Finanzen mit an den Tisch bekommen könnte. Wie gesagt: Sollte die Verkaufsbereitschaft da sein, würde man sicherlich darüber reden können. Wir können aber niemanden zwingen, zu veräußern – Herr Spies hatte das eben schon richtig erläutert.

Zur Frage der Bindung dieser 6000 Wohnungen hatte ich versucht, im Vorfeld der Sitzung Informationen zu bekommen. Allerdings ist das schon deshalb schwierig, weil die Zahl 6 000 auf der einen Seite relativ groß ist, man dem aber weit über 100 000 Wohnungen gegenüberstellen muss, die insgesamt als Sozialwohnungen im Bestand sind. So ist es der Investitionsbank Berlin leider nicht gelungen, mir bis zum heutigen Tag eine differenzierte Aufstellung

der Objekte zu liefern. Ich bitte darum, das gegebenenfalls schriftlich an den Ausschuss nachliefern zu können. – Geht das, Herr Vorsitzender! – Ja, okay. Es wird aber sicherlich noch ein paar Wochen dauern, das zu recherchieren.

Dann zu der Frage Seniorenstiftung, Wartelisten: Herr Krüger! Es ist in der Tat so, dass das Parlament entschieden hat, die Fachaufsicht im Zuge der Verwaltungsreform abzuschaffen. Ich muss Sie deshalb enttäuschen: Diese Information habe ich leider nicht. Das wären Dinge, die die Bezirke gegebenenfalls zur Verfügung stellen könnten. Ich weiß nur aus meinen Kenntnissen über einzelne Objekte, dass es zum Beispiel in den Bezirken Neukölln und Spandau – in diesen randstädtischen Lagen, also eingestreute Seniorenwohnhäuser in Großsiedlungen – massive Probleme gegeben hat, und dass es auch in Mitte in einem Fall massive Probleme gegeben hat, die dann über Jahre zu der Diskussion führten: Okay, kann man hier nicht vielleicht einen anderen Nutzer, einen anderen Träger mit einem anderen Nutzerprofil finden? – Nach langen Bemühungen der Wohnungsbaugesellschaft DEGEWO wurde dann in diesem Fall schließlich doch die Entscheidung getroffen: Nein, es geht einfach nicht, das Objekt in der bisherigen Form aufrechtzuerhalten. – Das wird jetzt an diesem Standort durch einen Neubau ersetzt, der sich gar nicht so sehr von den Kubaturen der alten Gebäude unterscheidet, aber in allem eigentlich wesentlich besser den Anforderungen der Seniorinnen und Senioren gerecht wird als das bisher der Fall war.

Als letztes Thema möchte ich noch das Umzugsmanagement aufgreifen. Sie wissen, dass wir das in der Fortschreibung des Mietenbündnisses mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften nachgebessert hatten. Das hat Herr Senator Müller noch als eine seiner letzten Amtshandlungen in seiner bisherigen Funktion veranlasst. Wir versuchen jetzt zusätzlich durch die Unterstützung von Umzügen, eine stärkere Bereitschaft in diesen Bereich zu bringen. Dass das eine Frage der Information ist, möchten wir zunächst verneinen, denn als das Bündnis seinerzeit eingeführt wurde, haben sämtliche Mieterinnen und Mieter bei städtischen Wohnungsbaugesellschaften einen Flyer dazu erhalten, der verteilt worden ist, sodass die Grundinformation da sein müsste. Die Haupthemmnisse sind unserer Auffassung nach die fehlenden standortnahen Ersatzwohnungen, die nach wie vor die Bereitschaft hemmen und natürlich die Frage des Aufwands. Wir versuchen, diesen Aufwand beim Umzug mit finanzieller Unterstützung auszugleichen. Der Faktor, dass es an Ersatzwohnungen, die standortnah und nicht irgendwo sind, nach wie vor mangelt, wird uns leider noch einige Jahre begleiten. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank! – Frau Schmidberger, Sie hatten sich noch mal gemeldet. – Bitte sehr!

Katrin Schmidberger (GRÜNE): Ich habe eine kurze Nachfrage: Gab es ein Gespräch mit dem Investor Akelius und der Senatsverwaltung oder vielleicht mit dem Staatssekretär, oder entnehmen Sie die Information, dass der Investor nicht verkaufen will, dessen Pressemitteilung?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Herr Spies, bitte!

Alexander Spies (PIRATEN): Herr Hucke! Ich möchte dementieren, dass ich jetzt schon Senatssprecher bin. – Einiges hatte Frau Schmidberger schon gesagt. Ich hatte im Juli eine Schriftliche Anfrage zu barrierefreien Wohnungen gestellt, die jeder nachlesen kann. Das Er-

gebnis war für mich nicht befriedigend, weil ich den Antworten entnehmen kann, dass der Senat selbst wenig tut, das meiste – das klang aus Ihren Worten, Herr Hucke – den Wohnungsbaugesellschaften überlässt, die jedoch auch nicht viel tun. Die DEGEWO z. B. würde etwa 50 Wohnungen pro Jahr barrierefrei umbauen. Das ist bei diesem Wohnungsbestand ein bisschen wenig. Die Internetseite des LAGeSo, das auch barrierefreie Wohnungen vermitteln soll, soll z. B. eingestellt werden, mit dem Hinweis, dass es auf dem Markt Internetseiten wie Immonet und andere gibt, bei denen man so etwas wesentlich besser findet. Ich möchte dringend appellieren, dass sich die Sozialverwaltung und die Bauverwaltung gemeinsam überlegen, was man aktiv tun könnte, um die Situation der Menschen, die dringend solche Wohnungen suchen, zu verbessern.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Wer möchte antworten? – Bitte, Herr Dr. Hucke!

Dr. Jochen Hucke (SenStadtUm): Ich kann das, was Sie gesagt haben, eigentlich nur wiederholen: Wir arbeiten zusammen und steigen auch in zunehmendem Maß in Förderprogramme ein. Ein Stichwort ist nicht gefallen, nämlich der altersgerechte Umbau von Beständen mit Fördermitteln der KfW. Das betrifft pro Jahr ungefähr 5 000 Wohnungen, was in einer so großen Stadt wie Berlin natürlich immer nur ein Tropfen auf dem heißen Stein ist. Deshalb wird uns dieses Thema langfristig ständig beschäftigen. Wir sind aber der Auffassung – ich darf noch mal an das anknüpfen, was Herr Staatssekretär Gerstle gesagt hat –, dass wir alle gemeinsam auf dem richtigen Weg sind. Zaubern können wir allerdings auch nicht.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Frau Villbrandt – bitte!

Jasenka Villbrandt (GRÜNE): Ich musste mich melden, weil Sie sagten, dass Sie jetzt wieder in die Förderprogramme einsteigen und überlegen, welche es geben soll. Vor einigen Jahren habe ich versucht, herauszubekommen, wo die Wohnungen sind, die in früheren Jahren durch Fördermittel altersgerecht umgebaut wurden. Gibt es irgendwo eine Liste, der zu entnehmen ist, dass die Wohnungen sich in dem und in dem Bezirk, in diesen und jenen Häusern befinden? Die Investitionsbank hat mir gesagt, man habe das nicht dokumentiert. Wenn wir über neue Fördermöglichkeiten reden, finde ich, dass wir auch darüber nachdenken müssen, wie in der Vergangenheit mit solchen Programmen umgegangen wurde und wo Fehler gemacht wurden, die man jetzt nicht wiederholen sollte. Informieren Sie uns darüber, wenn das konkreter wird?

Dr. Jochen Hucke (SenStadtUm): Tut mir leid, das kann ich deshalb nicht, weil wir nicht die KfW-Bank sind. Die sagt uns auch nicht, wo die Objekte jeweils sind, die eine Förderung erhalten haben. Da sind wir irgendwo an unsere Grenzen gestoßen. Das ist natürlich auch nachvollziehbar, denn auch in dem Bereich gibt es natürlich eine gewisse Art von Datenschutz.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Frau Schmidberger – ich wollte gerade sagen, es liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor. – Bitte!

Katrin Schmidberger (GRÜNE): Na ja, meine Frage wurde nicht beantwortet, ob es wirklich konkrete Gespräche mit Akelius gegeben hat.

Dr. Jochen Hucke (SenStadtUm): Die kann ich leider mangels Zugang zu den entsprechenden Kreisen nicht beantworten, tut mir leid.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Damit hat sich die Redeliste tatsächlich erschöpft. Ich erkläre die Besprechung zunächst für abgeschlossen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Piratenfraktion	0188
Drucksache 17/1699	GesSoz
Adäquate Mindeststandards in allen Berliner Obdachlosenunterkünften gewährleisten!	Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Piratenfraktion	0208
Drucksache 17/1937	GesSoz
Keine Vetternwirtschaft auf dem Rücken der Geflüchteten	Haupt

Die Beratung steht unter dem Vorbehalt, dass der angekündigte Bericht vorliegt.

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs	0211
Untersuchungsbericht der Innenrevision im LAGeSo – nichtöffentlich –	GesSoz
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)	

Vertagt.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.